



Mittwoch, 28. Februar 2024, 16:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Zwei Jahre Rückschläge

Zum zweiten Jahrestag der russischen Beteiligung am Krieg in der Ukraine gibt es keine Anzeichen, dass die beiden Seiten aufeinander zugehen könnten.

von Michael Ewert
Foto: Oleksii Synelnykov/Shutterstock.com

*Russland deutet immerhin an, für eine
Verhandlungslösung offen zu sein, doch ist es*

schwierig, sich vorzustellen, welchem Frieden es trauen würde – zu oft wurde es unwiderlegbar getäuscht. Die Ukraine hingegen zäumt das Pferd von hinten auf und stellt Bedingungen für Verhandlungen, die nicht einmal als ihr Ergebnis realistisch wären. Rückendeckung erhält sie von ihren westlichen Geldgebern und Waffenlieferanten. Deren Agenda in diesem Krieg, für den sie andere zu Hunderttausenden sterben lassen, ist Teil einer seit Langem eingeleiteten Entwicklung hin zu einem autoritären, militaristisch strukturierten und von Hetzpropaganda verseuchten Staatswesen. Das grundsätzlich zu ändern, wird länger als ein Jahrzehnt brauchen. Entsprechend schwierig ist es, diesen Krieg zu beenden, so der Autor.

Jeder Krieg endet mit Verhandlungen. Doch über was soll ich verhandeln mit einem Gegner, der meiner Ansicht nach „unprovokiert“ ein „souveränes Land“ angegriffen hat? Was darf ich ihm unter diesen Umständen überhaupt anbieten? Ich, die verfolgte Unschuld angesichts eines Monsters, das von geradezu dämonischen Trieben geleitet ist?

Doch die Annahme, die russische Praxis, zu dem guten Spiel des Westens eine böse Miene zu machen, geschehe aus Jux und Tollerei, hat eine Voraussetzung, die jeden Ansatz einer Verständigung blockiert: die Ausblendung des eigenen Anteils an der Tragödie in der Ukraine. Dieser Kunstgriff erscheint dem Westen ganz natürlich, weil er seit 1990 im eigentlichen Sinn keine „Fehler“ gemacht hat.

Natürlich haben hochrangige Politiker und Wissenschaftler, vor

allem der USA, vor der Osterweiterung der NATO gewarnt. Wenn sie trotzdem erfolgte, so zeigt das nur, in welchem Maß sie einer tiefer liegenden Dynamik polit-ökonomisch-militärischer Strömungen folgte, gegen die nicht ihnen entsprechende Ansichten keine Aussichten hatten, Gehör zu finden.

Noch schwerer taten sich Russlands Argumente. Als Wladimir Putin auf dem NATO-Treffen „Münchener Sicherheitskonferenz“ 2007 auch wegen geplanter Raketenstützpunkte in Tschechien und Polen die USA kritisierte, war sofort klar, wie diese „Angriffe auf die Außenpolitik der westlichen Führungsmacht“ zu bewerten sind: „Russland verwirrt den Westen“, so Martin Winter, Zornesgrüße aus Moskau, in *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Febr. 2007.

Russland hat den Westen verwirrt, seit Putin an der Macht ist und der Ausplünderung seines Landes einen Riegel vorgeschoben hat. Das Entsetzen kommt nicht direkt zum Ausdruck, sondern in einer Pathologisierung der Kremlführung.

Doch damit ist mit ihr keine Kommunikation mehr möglich. Dieser Verzicht auf das Herstellen von Verbindlichem ist der Grundstein für eine Welt, die nichts mit der Realität jenseits eigener Vorstellungen zu tun hat.

Um das charakterologische Dilemma zu rationalisieren, werden widersprechende Tatsachen zumindest in ihrer Relevanz für den Verlauf der Ereignisse verdrängt. Beim Konflikt in der Ukraine begann das Verhängnis mit dem Bruch des 1990 gegenüber Michail Gorbatschow zweifelsfrei gegebenen Versprechens, die NATO nicht einen Zentimeter nach Osten auszudehnen, das heißt nicht einmal auf das Gebiet der Ex-DDR.

2008 drangen die USA, nachdem sie bereits ehemalige Sowjet-Republiken einverleibt hatten, auf die Mitgliedschaft von Georgien

und der Ukraine. Georgien brach prompt einen Krieg gegen Süd-Ossetien mit seiner russischstämmigen Bevölkerung vom Zaun, der Ukraine wurden NATO-Strukturen verpasst und 2014 übernahm nach einem von den USA unterstützten Putsch eine russlandfeindliche, pseudodemokratische Junta das Ruder.

Die FAZ warnte angesichts des am 2. Mai 2014 durch einen faschistischen Mob durchgeführten Massakers in Odessa ihre Leser vor dem unerklärten Krieg Russlands (1). Keine Warnung erfolgte vor dem Krieg gegen den Donbass, der bereits im Gange war und in acht Jahren um die 14.000 Menschenleben kostete. Auch angesichts dieser Tendenzen stimmte die Bevölkerung auf der Krim, die sich stets als zu Russland gehörend empfand, für eine Trennung von Kiew. Nun kannte die Stimmungsmache gegen Moskau keine Grenzen mehr. Sie wurde weiter geschürt nach dem Abschuss des niederländischen Passagierflugzeuges MH-17. Der damalige US-Außenminister erklärte, man habe eindeutige Belege für eine Schuld Moskaus. Für Kritiker hingegen kamen womöglich 298 Menschen zu Tode, um der Konfrontation mit Russland zu einer guten Presse zu verhelfen: „Der Krieg ist zurück“, mit „gutem Willen und ganz viel Diplomatie“ sei es nun nicht mehr getan!, so Stefan Ulrich, Zum ewigen Unfrieden, SZ vom 19./20. Juli 2014.

Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag Ende Januar 2024 gegen eine Klage der Ukraine, dass es keinerlei Anhaltspunkte gebe, Russland sei in den Abschuss eines Passagierflugzeugs im Donbass (MH-17) involviert gewesen, wurde im Westen praktisch nicht zur Kenntnis genommen (2). Auch nicht der Inhalt der Minsker Abkommen von 2014 und 2015.

Sie fanden nur Erwähnung, wenn Russland ermahnt wurde, seine diesbezüglichen Verpflichtungen zu erfüllen. 2022 erklärten die deutsche Bundeskanzlerin, der französische sowie der ukrainische Präsident, die seinerzeitigen Mitunterzeichner, dass die Einhaltung der Abkommen von ihrer Seite nie beabsichtigt gewesen sei.

Möglicherweise sprangen auch nur drei Leichtmatrosen in ein Boot auf Kollisionskurs, den zu hinterfragen Marionetten nicht erlaubt ist. Sie wussten schon am 17. Dezember 2021, was von den Vorschlägen, die Russland für eine europäische Friedensordnung machte, zu halten war.

Dazu gab es ebenso wenig einen Kommentar wie zu der von der OSZE registrierten Zunahme des Beschusses des Donbass ab dem 17. Februar 2022. Die vier Tage später erfolgte Unabhängigkeitserklärung mag nicht mit der ukrainischen Verfassung vereinbar sein, aber dass war Kiews Krieg gegen den Donbass auch nicht. Seine beiden Republiken erkannte Russland am 22. an und schloss mit ihnen ein Beistandsabkommen.

Die Forderung, den Beschuss einzustellen, beantwortete Kiew mit einem Granatenhagel. Tags darauf baten die neuen Republiken Russland um Hilfe. Ihr nachzukommen war nach Artikel 51 der UN-Charta rechtens, zumal Russland durch das Minsk 2-Abkommen, das durch UN-Beschluss völkerrechtliche Gültigkeit besaß, eine international legitimierte Schutzverantwortung für die Unversehrtheit der dortigen Bevölkerung hatte.

Die fehlende Einsicht, dass man Putin keine andere Wahl gelassen hat, ist Voraussetzung für die Unfähigkeit, ihm zuzubilligen, dass er keine andere hatte. Ersatzweise kam es zu einem Nazi-Verschnitt anti-russischer Hetze.

An der eigentlichen Intention, Russland „schwächen“ oder gar zu „ruinieren“, konnten spätestens nach dem Scheitern eines Ende April 2022 in Istanbul bereits paraphierten Friedensabkommens keine Zweifel bestehen.

Vorgesehen war der Rückzug russischer Truppen, ein autonomer Donbass im nationalen Rahmen einer Ukraine in den Grenzen von

1990, das heißt ohne die Krim, sowie der neutrale Status des gesamten Staatsgebietes. Als Zeichen des guten Willens wurde der Abzug der russischen Truppen aus dem Raum Kiew verlangt. Dem kam Moskau nach und erntete dann einen Aufschrei wegen eines angeblich von seinen Truppen, tatsächlich mit großer Sicherheit von ukrainischen Faschisten begangenen Massakers in Butscha.

In Russlands Augen stand endgültig fest, dass der Westen den Krieg wollte. Aber weshalb? Um hier zu einer Antwort zu gelangen, muss man zurückgehen zu jenen Zeiten, in den sich die konfrontative Haltung der USA gegenüber dem post-sowjetischen Russland unübersehbar abzeichnete.

Es war ein Russland, das de facto komplett abgerüstet und den Warschauer Pakt aufgelöst hatte. Was war unter diesen Umständen die Legitimationsgrundlage der NATO als einem „Verteidigungsbündnis“? Es gab keine – es sei denn, man nutzte die Gunst der Stunde und die „Allianz“ trat offen als aggressiv agierendes Instrument der USA auf. Doch das schien nur ein Zeichen von Stärke zu sein. In Wirklichkeit war es Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung, die in der Euphorie des neoliberalen Schwindels lange nicht zur Kenntnis genommen wurde. Weniger blauäugig waren die „Neo-Cons“ in Washington.

Diese werden gerne als „durchgeknallt“ dargestellt. Aber sie repräsentieren im Establishment der USA ein Spektrum, in dem sich ein weitgehender Konsens über die erforderlichen Schritte in Außen- und auch Innenpolitik widerspiegelt. Nicht erst seit 1945 können wir, mit Shakespeare zu sprechen, „Riesenbeine“ beobachten, zwischen denen sich Millionen Opfer in einem der vielen Hundert US-Kriege umschaun dürfen „nach einem schnöden Grab“.

Dieses Schicksal ereilt sie gemäß den Erfordernissen, die sich aus den Zwängen der in den USA sich entwickelnden Eigentums- und

Vermögensverhältnissen ergeben. Ab den 1970er Jahren war der die politische Bühne zunehmend beherrschende Finanzsektor bedroht von „zuviel Demokratie“, nach 1989 von einer Beendigung geopolitischer Spannungen. Es galt, der Fragilität einer spekulativen Blasenökonomie entgegenzuwirken. Ihr und unser aller Verhängnis ist, dass sie nichts produziert – außer einem ständigen Wachstum an Schulden.

Mit ihnen fertig zu werden, obliegt den arbeitenden Schichten, damit dem Finanzsektor weiter Spielgeld zur Verfügung steht. Nicht nur ein Mitglied der Bush-Regierung atmete 1990/91 nach dem Vernichtungsfeldzug gegen das irakische Volk auf: „Wir schulden Saddam einen Gefallen. Er hat uns vor der Friedensdividende gerettet“ (3).

Damit das Geld weiter nicht verplempert wurde, erhitzte sich die Kriegspropaganda mit jedem Anzeichen, Russland könne das Überschreiten „Roter Linien“ nicht hinnehmen. Konzertiert von Denkfabriken, „Stiftungen“, linientreuen Medien, transatlantischen Netzwerken und Marionetten in der Politszene wurde systematisch das Klima vergiftet.

Die Entrüstung des Westens über Resultate, die er herbeigeführt hat, kann man mit Immanuel Kant nur als „pöbelhaft“ bezeichnen. Den Vorwurf, so tief gesunken zu sein, werden sich die Verantwortlichen nicht zu eigen machen.

Die Einsicht wird dadurch erschwert, dass man Russland nichts anzubieten hätte als Gegenleistung etwaiger „Konzessionen“. Eine der vielen Fehlleistungen des Westens war es, Russland von den Illusionen über eine kooperative Koexistenz auf dem europäischen Kontinent zu befreien. Getrieben von der Notwendigkeit, neue Geschäftsfelder zu erschließen, bugsiierte man seinen Gegner hin zu einem Neuanfang mit nachhaltigeren Perspektiven als bisher. Wie

absehbar steht vor allem der europäische Westen und hier insbesondere Deutschland selber nun da mit leeren Händen, zwischen deren Fingern die ökonomische Substanz durchrinnt wie Häcksel.

Zum Schaden der Ukraine kann sich keine Seite eine Niederlage leisten. Russland nicht aus Gründen seiner Sicherheit, die USA nicht, weil sie zu schwach sind, auf eine für ihre Finanzwirtschaft notwendige Expansion zu verzichten, und der Restewesten nicht, weil er sich aus der Umklammerung durch seine Führungsmacht nicht befreien kann. Insofern haben wir es tatsächlich mit einer Pattsituation zu tun – allerdings nicht auf dem Schlachtfeld, sondern bei den Möglichkeiten, es zu verlassen.

Wir wollen nicht ungerecht sein: Auch Russland hat Fehler gemacht. Doch es ist im Gegensatz zum Westen lernfähig. Wladimir Putin gab 2022 zu, man sei all die Jahre zu gutgläubig gewesen. Damit ist Schluss. Das wäre die erste Lektion für Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.

Zum Ende der Spekulationen

Die Ukraine war als Falle für Russland gedacht. Tatsächlich ist sie eine Falle für den Westen und dessen Investitionen in Milliardenhöhe zugunsten seines politisch-militärisch-industriellen-geheimdienstlichen Komplexes geworden. Nicht nur die Ukraine wird man nach Kriegsende nicht wiedererkennen. Immerhin könnte es im Anschluss daran zu „Verhandlungen“ kommen.

Die US-Ökonomin Ellen Brown sieht eine Reihe drohender Gefahren, die den USA und damit dem ganzen Westen 2024 zum Verhängnis werden können: umfassende Cyber-Angriffe, Zahlungsausfälle durch die Hochzinspolitik insbesondere im

kommerziellen Immobiliensektor sowie ein Öl-Embargo infolge kriegerischer Auseinandersetzungen.

Zu ergänzen wären die Abschreibungen von Milliardenkrediten an die Ukraine und der sonstigen dort getätigten „Investitionen“. Jedes einzelne Ereignis dieser „Schwarzer-Schwan-Momente“, so die Ökonomin, wäre geeignet, das Platzen der Derivate-Blase anzustoßen, die auf 1.000 Billionen, engl. „one quadrillion“, geschätzt wird – bei einem globalen BSP von 100 Billionen.

Nach Brown ist das Derivate-Credit-Default-Swap-System organisiert nach dem Ponzi-Pyramiden-Schema: „Ein-“ und „Anlagen“ würden wie im Hütchenspiel hin- und hergeschoben, wobei alles „gutgeht“, solange sich neue Hütchen finden, unter denen tatsächlich ein „Guthaben“ ist (4). Dafür sorgen zu können war der Krieg gegen Russland die große Hoffnung. Damit sie nicht schwindet, wird der Einsatz auf die Ukraine ständig erhöht: noch mehr Waffen, noch mehr tote Ukrainer, deren Verluste jetzt schon in die Hunderttausende gehen.

Sie sterben, damit die Hoffnung der Finanzwelt nicht stirbt.

Die Ukraine als hoch verschuldet zu bezeichnen, ist ein Euphemismus. Westliche „Geldgeber“ lenken als Gläubiger milliardenschwerer Kredite die Geschicke des Landes. Die „Investoren“ genannten Titelinhaber des nationalen Volksvermögens sind zudem untereinander sowie mit Politik und Medien dermaßen verflochten, dass der Gleichschritt der westlichen Marschrichtung sehr plausibel wird.

Vanguard Group, Kopernik Global Investors, Banque National de Paris Asset Management Holding, die zu GoldmanSachs gehörende NN Investment Partners Holdings und Norges Bank Investment Management, die den norwegischen Staatsfond verwaltet, und nicht

zu vergessen die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Die EBWE mit Sitz in London wurde 1991 gegründet, um nach der Auflösung der Sowjetunion deren ehemaligen Gebieten bei strukturellen „Anpassungen“ mit „Krediten“ zur Seite zu stehen.

Das Oakland Institute schätzt, dass bereits neun Millionen Hektar Ackerland, nahezu ein Drittel des landschaftlichen Bodens in der Ukraine, von privaten Konzernen kontrolliert werden. Eine Reihe großer US-Pensionsfonds, -Stiftungen und -Universitäten hat ebenfalls großes Interesse, ihrer Anlagen bei NCH Capital, einem US-Private-Equity-Fund und fünftgrößtem Grundbesitzer in der Ukraine, nicht verlustig zu gehen (5).

Catherine Austin Fitts macht darauf aufmerksam, dass für die US-Regierung der Geldzufluss in die Pensionsfonds unerlässlich ist, um zumindest den Schein innenpolitischer Stabilität aufrecht zu erhalten (6). Es versteht sich, dass ein Ex-Manager von BlackRock im Bundestag nicht nur am 22. Februar 2024 vehement für die Lieferung weitreichender Marsch-Flugkörper eintrat ...

Durch die Todes- und Knochenmühlen, denen Hunderttausende junge und alte Männer zum Opfer fallen, verwaisen ganze Landstriche, in denen, wie es der Zufall will, die massivsten Rekrutierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Das sind optimale Vorbereitungen für weitere Übernahmeaktionen mit einheimischen Oligarchen, treue Begleiter des Abstiegs der Ukraine seit 1990, als Strohmänner. Das Weitere besorgen die Zerstörungen, die zu beheben sich ein Konsortium aus BlackRock und JPMorgan Chase, Reconstruction Bank genannt, gebildet hat. 500 Millionen US-Dollar ausländischer „Investoren“ stehen bereits jetzt zur Verfügung, weitere 500 Millionen sind in Aussicht (7).

Die Behauptung, in der Ukraine würden „unsere Werte verteidigt“, hat einiges für sich. Freilich gleicht ihre blumige Umschreibung dem Rufen in einem Wald, den es nicht mehr gibt, was der Westen vor

lauter Bäumen frivoler Aufmunterungsparolen nicht sieht.

Spekulationen zum Ende

Wir befinden uns jetzt im zweiten vollen Kriegswinter, an dessen Ende nicht nur die Bäche und Flüsse „vom Eise befreit“ sein werden, sondern auch der Zynismus westlicher Propaganda: Die Verwegenheit, widerstreitende Tatsachen zu ignorieren, wird dahinschmelzen wie ein Schneemann, der die Zeichen der Jahreszeit nicht erkannt hat. Auch der Westen wird einige Wahrheiten anerkennen müssen.

Zum einen verdankte sich ein ukrainischer Zentralstaat in den Grenzen von 1990 zwei Geburtshelfern: dem deutschen Generalstab, der Ende des Ersten Weltkriegs mit seinem Vorstoß über den Donbass hinaus deutsche Versorgungsgrundlagen sichern wollte, sowie den Bolschewiki, die kurz darauf ungeachtet mannigfaltiger Ethnien eine ähnlich umfangreiche „Ukrainische SSR“ schufen. Sie sollte die galizischen Nationalisten entschädigen für den selbständigen Staat, den sie nicht bekamen, was im Verband der UdSSR keine praktische Bedeutung hatte – sowenig wie die „Abtretung“ der seit jeher russischen Krim an die Ukrainische SSR 1954.

Zum andern muss die ethnische Vielfalt zu einem Pulverfass werden mit einer Zentralregierung, die nicht zu einer, dieser Situation angemessenen Politik fähig ist. Davon ist das jetzige Regime nicht nur weit entfernt. Im Gegenteil: Mit seiner völkischen Vorstellung eines „rein“ ukrainischen Staatsgebildes gefährdet es sowohl den inneren wie den äußeren Frieden.

Seine erklärten Vorbilder sind massenmörderische Nazi-Kollaborateure, nach denen die Ukrainische SSR 1943/44 von der

Roten Armee nicht befreit, sondern besetzt wurde (8). Eine solche Einstellung war eine Empfehlung für US-Geheimdienste, die sie sofort gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in ihre Dienste stellten. Mit der Aufrüstung der Ukraine nach NATO-Standards, gemeinsamen Manövern, dem Maidan-Putsch und den Angriffen auf den Donbass schienen kühnste Träume Wirklichkeit zu werden. Es waren Seifenblasen, die 2024, spätestens 2025 platzen könnten.

Dann wird man auch die russische Strategie begreifen. Sie bestand nach einer Teilmobilisierung seit Herbst 2022 in größtmöglicher Vermeidung eigener Verluste bei gleichzeitiger optimaler Schädigung des Gegners. Er hatte allein während seiner gescheiterten Frühjahrs- beziehungsweise Sommeroffensive über 100.000 Gefallene oder sonstige Ausfälle zu beklagen, von materiellen Schäden zu schweigen.

Jahrelang zu Festungen ausgebauten Städte wie Artjomowsk, Marjinka oder Awdejewka sind schwer einzunehmen. Neue Verteidigungslinien, die ebenso effektiv sind, können kurzfristig nicht aufgebaut werden. Soldaten, die sie halten sollen, stehen immer weniger zur Verfügung, ebenso stockt der Nachschub an Material. Gleichwohl sind, wenn man einem Bonmot glauben darf, Prognosen schwierig, sobald sie die Zukunft betreffen.

Über die Schnelligkeit des russischen Vormarsches hat sich schon eine ganze Reihe von Experten getäuscht, die klarer als westliche Illusionisten allerdings die grobe Richtung der Entwicklung richtig vorhergesehen haben.

Nach den Erfahrungen des bisherigen Kriegsverlaufs dürften die russischen Bedingungen davon abhängen, in welchem Umfang die Unnachgiebigkeit des Westens Moskau in die Lage versetzt, mittels Erfolgen auf dem Schlachtfeld dann wiederum zu berücksichtigende Tatsachen zu schaffen.

Russlands Bemühen wird dahin gehen, seine strategischen Ziele zu erreichen: die Ausschaltung der Ukraine als einen Unruhe- und potentiellen Bedrohungsfaktor an seiner Südwestgrenze.

Ausgeschlossen ist damit der Fortbestand eines Zentralstaates oder eines wie immer sich nennenden politischen Gebildes etwa in der Gegend von Lemberg, das erneut mit NATO-Waffen vollgepumpt werden könnte.

Russland griff nach dem Scheitern aller diplomatischen Vorschläge zu Mitteln, die einem strukturell feindseligen, vom Westen instrumentalisierten Regime jede Existenzgrundlage entziehen würde. Als die Kosten für Russland noch nicht so hoch waren, war die Möglichkeit von Kompromissen gegeben. Je weiter der Krieg fortgeschritten war, desto weniger konnte es sich Putin auch innenpolitisch leisten, ohne handgreifliche Sicherheiten westlichen Absichtserklärungen auch nur zuzuhören.

Die demokratisch legitimierte, für den Westen durchaus gesichtswahrende Lösung könnte sein, Referenden in den einzelnen Gebieten durchzuführen mit den Optionen, sich als autonome Regionen einem ukrainischen Bundesstaat anzuschließen, der Russischen Föderation oder auch Weißrussland, Polen, der Slowakei, Ungarn oder Rumänien. Im Interesse seiner nationalen Sicherheit wird Russland auf eine Kontrolle der Gebiete östlich des Dnjepre sowie der Landverbindung nach Transnistrien bestehen. Man hat Russland einen zu großen Preis bezahlen lassen, als dass es, salopp formuliert, ohne Odessa nach Hause gehen wird.

Für Europa und insbesondere Deutschland käme es an auf die Umkehrung des wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Niedergangs, der im Interesse der USA und ihrer transatlantischen Hilfstruppen lag. Die Akteure einer solchen auch kulturellen Wende hin zu einer klaren Antwort auf die Washingtoner Kriegserklärung an seine Vasallen lassen sich bislang hinter den, mit Gottfried Benn zu sprechen, „Leuten 4. Standes und 5. Ranges“ nur schemenhaft

ausmachen.

Aber wer weiß. Not macht erfinderisch, eine ausweglose Lage allemal. Sie wird in Bälde unübersehbar sein. Es ist, wie Historiker zu sagen pflegen, nur eine Frage der Zeit – und dann sehen wir weiter (9).



Michael Ewert, Jahrgang 1947, ist promovierter Historiker und lebt in München.